

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Christiane Schneider, Deniz Celik,  
Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch,  
Cansu Özdemir und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**zu den Drs. 21/7784 und 21/7954**

### **Betr.: Integration in Regelklassen für alle jungen Geflüchteten ermöglichen**

Junge geflüchtete Menschen werden in den Schulen willkommen geheißen, indem sie mit ihren individuellen Biografien wertgeschätzt und ernstgenommen werden. Sie sind Teil unserer Stadtgesellschaft und haben wie alle anderen Schüler/-innen auch ein Recht auf umfassende Bildung.

Dieser Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und wirkliche Chancengleichheit stellt hohe Anforderungen zum einen an die zuständige Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB), die richtigen Voraussetzungen dafür zu schaffen und bedarfsdeckende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, zum anderen an die Lehrkräfte, die sich einer weiteren wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe mit hohem Engagement annehmen müssen und natürlich auch an die jungen Geflüchteten, die sich in ihrem neuen Lebensumfeld schnell zurecht finden und orientieren sollen.

Im Rahmen der inklusiven Schule müssen auch die Neuhamburger/-innen ihre Chance auf gute Bildung und entsprechende Rahmenbedingungen erhalten, indem sie bestmöglich gefördert und unterstützt werden.

Unbestritten hat der Senat viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diesen enormen Herausforderungen zu entsprechen. Es gibt aber aus unserer Sicht und aus der Sicht vieler Lehrkräfte in Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) deutlichen Nachsteuerungs- und Verbesserungsbedarf. Die Anträge von CDU und AfD jedoch zeigen in die falsche Richtung und offenbaren wieder einmal ein Menschenbild, wonach eben nicht alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Rechte haben.

Die Fraktion DIE LINKE favorisiert einen integrativen Ansatz in der Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher. Dass dies möglich ist, zeigen einzelne Hamburger Schulen schon jetzt, aber auch SPD-Senate in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Bremen.

### **Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. für eine gleichmäßige und ausgewogene Verteilung der jungen geflüchteten Schüler/-innen über alle Schulen und Schulformen zu sorgen,
2. für jede/n Schüler/-in, die/der in eine IVK an einer Schule kommt, einen Platz in einer Regelklasse an dieser Schule frei zu halten. Dies gilt insbesondere für die neunten und zehnten Klassen,
3. den Übergang in die Regelklassen so zu gestalten, dass es statt der IVK wieder Willkommensklassen gibt, in denen sich die jungen Geflüchteten orientieren können.

nen und intensiven Deutschunterricht erhalten. Gleichzeitig besuchen sie bereits stundenweise schulische Angebote in den Regelklassen. Dieser Übergang wird sukzessive je nach Lernentwicklung gestaltet und soll möglichst nach sechs Monaten abgeschlossen sein,

4. dafür Sorge zu tragen, dass beim endgültigen Übergang in eine Regelklasse besondere Unterstützungsangebote vorgehalten werden, indem ein multiprofessionelles Team den vielfältigen Förderbedarfen gerecht werden kann,
5. Lernvoraussetzungen- und -bedingungen zu schaffen, die die jungen Geflüchteten zu bestmöglichen Schulabschlüssen führen. Die augenblickliche faktische Sackgasse der IVK ESA1 und IVK ESA2 muss wieder geöffnet werden, indem auch an dieser Stelle der Übergang in eine Regelklasse möglich wird und so in der schulischen Biografie Zugänge zu höheren Bildungsabschlüssen geschaffen werden,
6. allen jungen Geflüchteten, die älter als 14 Jahre sind, den schnellen Übertritt in eine Regelklasse zu ermöglichen und sie mit zusätzlichen Lernangeboten zu fördern,
7. der Bürgerschaft bis zum 8. November 2017 über die Umsetzung und den Fortgang der geforderten Schritte zu berichten.